

BUCHBESPRECHUNGEN

WALTER PREUSS

DIE ARBEITERBEWEGUNG IN ISRAEL

Bund-Verlag, Köln 1969. 228 S., br. 22,50 DM.

Schon im Jahre 1924 erschien die erste, 1936 die zweite Auflage der „Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina“ von Dr. Walter Preuss, denen nun die dritte Auflage unter dem oben angegebenen Titel (Untertitel: Geschichte und Gegenwart) gefolgt ist. Die Änderungen im Titel haben ihre Bedeutung, denn aus dem jüdischen Teil Palästinas ist der Staat Israel geworden, der eine große Mehrheit jüdischer Einwohner, aber auch einen nicht zu übersehenden Anteil arabischer Staatsangehöriger hat. Diese Tatsachen waren und sind außerordentlich wichtige Faktoren für die neuere Entwicklung der Arbeiterbewegung, und daher wäre die Beibehaltung des früheren Titels irreführend gewesen.

Es ist eine weithin bekannte Tatsache, daß die Arbeiterbewegung in Israel seit dem Beginn einer national und nicht rein religiös bestimmten jüdischen Einwanderung, also etwa seit dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts, einen ständig sich verbreitenden und vertiefenden Umfang angenommen hat. In der Tat ist die gesamte Entwicklung der jüdisch-zionistischen Niederlassung im Gebiet Palästinas, die Staatswerdung und das Erstarken des Staatswesens in den zwei folgenden Jahrzehnten ohne den bestimmenden Einfluß der Arbeiterbewegung undenkbar; so kommt es, daß man die Geschichte eben dieser Arbeiterbewegung und ihrer Organisationsformen (Parteiwesen, Gewerkschaftswesen, Genossen-

schaften) kennen muß, um die Geschichte des Landes verstehen zu können.

Parteiwesen: Wie in vielen europäischen Ländern gab und gibt es, obwohl die Arbeiterparteien im ganzen alle sozialistisch sind, grundsätzliche und graduelle Unterschiede, die zu Spaltungen und Umgruppierungen führen.

Gewerkschaften: Aus Einzelgewerkschaften wuchs der unter dem Namen *Histadrut* bekannte Gewerkschaftsbund; dieser schuf eine umfassende Organisation, um Aufgaben zu erfüllen, die im allgemeinen den Staatsverwaltungen obliegen, die aber die seinerzeitige Mandatsregierung stark vernachlässigte; eigene Bau- und Industrieunternehmen wurden zwecks Beseitigung von Arbeitslosigkeit gegründet, aus Darlehenskassen wurde eine bedeutende Bank, Krankenversicherung und Sozialversicherungen wurden errichtet, sogar ein eigenes Schulnetz und eine Selbstwehr wurden eingerichtet, die inzwischen vom Staat übernommen wurden.

Genossenschaftswesen: Etwa zwei Drittel der israelischen Landwirtschaft sind genossenschaftlich organisiert, wofür besondere Formen entwickelt wurden, unter denen die des Kibuzes die in der Welt bekannteste geworden ist. Genossenschaften im Verkehrswesen (Gütertransport und Autobusse) zur Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, zur Versorgung der Genossenschaft mit Verbrauchsgütern, im Siedlungswesen und in der Industrie — auf all diesen Gebieten sind die von der Arbeiterbewegung geschaffenen und mit der *Histadrut* aufs engste verbundenen Genossenschaften tätig und zum Teil führend.

Während bis zur Errichtung des Staates in den arabischen Landesteilen eine Arbeiterbe-

wegung nicht vorhanden oder völlig unentwickelt war, änderte sich dies stetig innerhalb des Staates Israel, sowohl durch Einschluß der arabischen Arbeiter in die Histadrut als auch durch ihre Teilnahme am politischen Leben und den Parlamentswahlen.

Dr. Preuss, der eine Reihe von Jahrzehnten alle diese Entwicklungen aus nächster Nähe zu beobachten Gelegenheit hatte, hat eine lebendige Darstellung gegeben, die durch Statistiken gut belegt ist; sie ist gründlich, aber doch nicht zu sehr ins einzelne gehend und gibt eine gut gegliederte Übersicht über das, was die Arbeiterbewegung vor dem Staat und im Zusammenwirken mit dem Staat — Mitglieder der Arbeiterbewegung waren immer in der Regierung führend beteiligt — erreicht hat. Besonders gelungen ist die Darstellung der Organisationsformen der verschiedenartigen Betriebe und sozialen Organisationen.

Dr. R. Sivron-Hoffnung

HANS-JÜRGEN SCHOEPS/
CHRISTOPHER DANNEMANN

DIE REBELLISCHEN STUDENTEN

Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus? Bechtle Verlag, München und Esslingen, 1968 (2. Aufl.), 172 S., Paperback 9,80 DM.

Mit dem Ziel, der Vermittlung von Information zu dienen, veranstalteten die Herausgeber in dem vorliegenden Band ein „Symposium der Argumente“: man muß ihnen bescheinigen, daß ihnen das vollauf gelungen ist, insbesondere auch deshalb, weil sie es vermochten, Autoren zu gewinnen, in deren Beiträgen sich als Kritik — argumentativ verbrämt — geriert, was realiter nichts anderes ist als unvollkommen kaschiertes Vorurteil. Schlagender Beweis für diese These ist *H. Schoecks'* Aufsatz „Der Student als Gesellschaftskritiker“.

Es kommen des weiteren zu Wort: als Vertreter der Parteien *W. Borm* (Demokratie im Bildungswesen) für die FDP, *K.-P. Schulz* („Der studentische Protest gegen Staat und Gesellschaft als Kampf um die Wahrheit“) für die SPD, für die CSU *M. Streibl* („Die studentische Links-Opposition“); von professoraler Seite äußern sich *H. Schoeck*, *J. H. Knoll* („Kritik und Verantwortung“), der — und das mag als Symptom nicht ohne Interesse sein — hervorhebt, daß „Kritik nicht notwendig auf Verantwortung bezogen“ ist, der Analytiker also nicht notwendig politischer Praktiker zu sein braucht; ferner *O. K. Flechtheim* („Deutschland 1967: veritas contra potestatem“) und *W. Gottschalch* („Zur Situation der Studenten in unserer Gesellschaft“) sowie *P. M. Roeder*, der „Die Chancen einer studentischen Opposition“ abzuschätzen sucht. Den wissenschaftlichen Assistenten *R. Ahlberg* („Studenten im Normenkonflikt der Mas-

senuniversität“), *A. Neusüss* („Außerparlamentarische Opposition“), *C. Burichter* („Kritisches zur außerparlamentarischen Opposition“) und *Th. Ebert* („Direkte Aktion in Formaldemokratien“) stehen abschließend der Student *G. Börsen* („Die außerparlamentarische Opposition im Konflikt mit der etablierten Obrigkeit“) sowie der Journalist *G. A. Zehm* („Gibt es einen linken Faschismus?“) zur Seite.

Kein Wunder, daß bei so vielen Autoren verschiedener Provenienz ein Sammelsurium heterogener, zum Teil diametral entgegengesetzter Meinungen sich ergab. Unter diesem Aspekt ist das Buch nicht nur informativ, sondern auch geeignet, den nicht Vor-Informierten beträchtlich zu verwirren.

Zwei Beispiele mögen die Spannweite des Buches deutlich machen: die Aufsätze von Günter Zehm und von Arnhelm Neusüss.

Ein Kritiker, T. Ebert, bezeichnete Zehms Beitrag als eine von „Unterstellungen, überzogenen Interpretationen und formalistischen Fehldeutungen“ nur so strotzende Arbeit. In der Tat liegt hier ein Pamphlet vor, das sich wohl gern mit den „tierischen“ Äußerungen eines *F. J. Strauß* messen möchte. Eine Flut von Diffamierungen, Verketzerungen und böartigen Attacken, kurz: ein Haßgesang ergießt sich über den Leser. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle die Unzahl der „Fehlleistungen“ aufzuführen oder gar zu korrigieren, es muß ein winziger Eindruck von diesem Machwerk genügen:

So soll *Habermas*, angeblich ein „Altmarxist“ von *Abendrothschen* Gnaden, seine Warnung vor einem linken Faschismus zum Zwecke der säuberlichen Trennung von Faschismus und Kommunismus ausgesprochen haben — was von dieser Behauptung zu halten ist, lese man nach in dem Brief, den Habermas an *C. Grossner* richtete! Von vergleichbar hanebüchener Qualität ist Zehms These, durch dieses Verdikt sei das „Tischtuch“ zwischen dem Gelehrten und den Studenten zerschnitten — bedauerlicherweise decken sich Wunsch und Wirklichkeit nun einmal nicht immer.

Die Revolutionäre der Dritten Welt, die sich in einer „dritten Revolution“ üben, beziehen, so meint Zehm, ihre Kraftnahrung vornehmlich aus — wie sollte es auch anders sein — faschistischen Futterkrippen. Begründung: sie stützen sich vor allem auf bäuerliche Schichten. Eine Ignoranz sozio-ökonomischer Bedingungen, die Methode erkennen läßt. Kein Wunder mehr, daß die Roten Garden aus dem Reiche Mao Tse-tungs Zehm an Himmlers SS erinnern! Und solcherart inzwischen mit Ungeheuerlichkeiten vertraut gemacht, nimmt der Leser schon fast genüßlich zur Kenntnis, daß im Verhältnis zu den Demagogen der „dritten Revolution“ Hitler nahezu ein Waisenknabe gewesen sei.

Diese wenigen Beispiele für Legionen anderer. Kein Zweifel, Zehm hat ein Übersoll an Verteufelung erfüllt.

Daß man bei einer Analyse auch ohne Injurien auskommen kann, beweist A. Neustüss mit seinem Aufsatz. Davon ausgehend, daß Demokratie noch nirgendwo in ihrem begrifflich intendierten Sinne verwirklicht worden ist, versteht er Demokratie ausschließlich transitorisch. Deshalb muß das demokratische Potential daran gemessen werden, inwieweit das transitorisch-demokratische Moment sich zugunsten realer Demokratie verschoben hat — und das heißt: inwieweit sich das emanzipatorische Defizit verringert hat. Demokratie bedeutet noch immer Herrschaft des Volkes — und nicht Herrschaft des Apparates. Soll also das Parlament zum demokratischen Potential gerechnet werden, so nur dann, wenn es der Herrschaft des Volkes dient. Tut es das nicht, so verkümmert es zu einer Form, zu einer „leeren Hülse“, stellt es sich instrumental denen zur Verfügung, die die Herrschaft des Apparates anstreben und also die Verewigung ihres (inzwischen privilegierten) *Status quo* fordern. Und genau dort ist der Punkt erreicht, der zur Systemopposition, mithin zur außerparlamentarischen, führt.

Diese Problematik demonstriert Neustüss überzeugend an den Notstandsgesetzen. Interessant ist, in welchem Verhältnis der Autor die Gewerkschaften zu den Notstandsgesetzen sieht:

„Was sie (d. h. die Gewerkschaften, die stets in Versuchung sind, von systemimmanenter zu latenter Systemopposition überzuwechseln) wohl wissen, wollen sie offiziell nicht sagen: daß die Notstandsplanung vorab innenpolitisch, nämlich arbeiterfeindlich motiviert und damit ein klassenkämpferisches Instrument ihrer ‚Sozialpartner‘ ist. Damit aber bleibt die gewerkschaftliche Kritik im Banne der liberalen systemimmanenten Opposition mit all ihren Schwächen, obwohl sie doch jene Klasse vertritt, deren pure Existenz systemoppositionellen Charakter hat — und eben dies macht sie zum zentralen Objekt der Notstandsplanung.“

Hanno Beth

WILFRIED GOTTSCHALCH

PARLAMENT UND RÄTEDEMOKRATIE

Rotbuch 10. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1968, 126 S., brosch. 4,50 DM.

„Organisation der Massen statt autoritärer Ermächtigungsdemokratie — die Räte-demokratie als Alternative“. Unter diesem Slogan wird die vorliegende Broschüre vom Verlag angeboten. Zum Glück ergibt ihr Inhalt ein differenzierteres Bild. Ungeachtet des bekannten Stündenkatalogs gegen das parlamentarische

System, plädiert der Autor in seinem ausführlichen Vorwort weniger für dessen Abschaffung als für seine basisdemokratische Umformung und Ausweitung. Als Vorbild wird das jugoslawische Modell anvisiert, das sich neben seiner regionalen und sektoralen Selbstverwaltung gerade auf Bundesebene parlamentarischer Formen (Gesetzgebung, Regierungskontrolle, Interpellationen usw.) bedient, dabei jedoch neben der allgemeinen Bundesrepräsentation über vier zusätzliche und gleichberechtigte soziologische Speziarepräsentationen (Verwaltung, Wirtschaft, Soziales, Kultur) verfügt.

Dies Modell einer politisch-gesellschaftlichen Selbstverwaltung hätte allerdings einer kritischeren Analyse bedurft, soweit es um seine konkrete Realisierung in Jugoslawien geht. Die oligarchisch-autoritären Verzerrungen des Prinzips der sozialistischen Demokratie durch Monopol-Partei und Staatsbürokratie können nicht einfach ignoriert werden. Das oft erörterte Problem der Anfälligkeit gerade des Räte-systems für Verformungen dieser Art gehört nun einmal mit zur Diskussion dieses Themas. Das strukturelle Spannungsverhältnis von Basisdemokratie und effizienter Zentralverwaltung ist auch in Jugoslawien durchaus nicht konsequent auf dem Boden des Rätegedankens gelöst worden. Gerade weil dies bisher einzige Realmodell für die Diskussion um die sozialistische Demokratie von so eminenter Bedeutung ist, wäre der Abdruck auch immanent-kritischer Stimmen aus den Reihen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (z. B. *Djordjevic*) eine Bereicherung der Sammlung gewesen.

Gottschalch ist stattdessen bei der Auswahl seiner Texte vorwiegend historisch vorgegangen. Präsentiert wird ein guter Überblick über die Räte-diskussion in der älteren Arbeiterbewegung, wie sie sich immer wieder an der Marx-schen Skizze, des Pariser Kommune-Modells entzündet hat. Neben Texten von *Rosa Luxemburg*, *Trotsky*, *Sinowjew*, *Adolf Joffe*, *Rudolf Hilferding*, *Max Adler*, *Otto Rühle*, *Arthur Rosenberg*, *Karl Korsch* oder *Edvard Kardelj* finden sich auch Beschlüsse der Mehrheitssozialisten zur Rätefrage. Interesse verdienen nicht zuletzt die kritischen Betrachtungen der Bonner Demokratie durch *Karl Löwenstein*; wobei anzumerken wäre, daß der auch vom Verfasser in diesem Zusammenhang verwendete Terminus „demoautoritär“ primär auf die „autoritäre Amtsführung“ und das persönliche Regime *Konrad Adenauers* gemünzt ist. *Hannah Arendts* bekannte Hymnen auf das Räte-system wurden — vermutlich als außerhalb der sozialistischen Diskussion stehend — weggelassen.

Insgesamt eine schnell lesbare, informative und diskussionswürdige Sammlung.

Martin Jänicke